

A7 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Gremium: BuVo
Beschlussdatum: 16.03.2021

1 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klimakrise, Hunger,
2 Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie
3 nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls
4 moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive Außenpolitik zu
5 betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und
6 vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang
7 einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, transatlantisch und im Rahmen der
8 Vereinten Nationen.

9 Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser
10 Klimaabkommen und die rechthebasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine globale
11 Strukturpolitik ein, die den Schutz öffentlicher Güter, eine gerechte Ressourcenverteilung
12 sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen Konflikte, Gewalt oder das
13 unermessliche Leid von Flucht und Vertreibung begreift.

14 Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union. Die
15 Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt
16 vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als
17 Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen
18 und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor allem
19 ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und
20 einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen sind, streiten wir für ihre
21 stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre
22 Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre strategische Souveränität
23 ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo
24 nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur
25 und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen
26 Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich
27 erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation gerecht
28 zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.

29 Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst. Das
30 autoritäre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das Menschen- und
31 Bürger*innenrechte systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht nur in wirtschaftliche und
32 politische Abhängigkeit, sondern spaltet auch Europa. Zugleich wird eine globale sozial-
33 ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich
34 sein. Das allein zeigt: Der Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist
35 real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart
36 beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre.

37 Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und
38 sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von Menschenrechten,
39 Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen politischer
40 Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso zentraler
41 ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber
42 gerade auch Regionen und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteuren, für die
43 der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage internationaler
44 Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir selbstbewusst mitgestalten. Souverän sind wir
45 nur gemeinsam.

46 Wir setzen auf den ehrlichen Interessensausgleich, die Achtung der Rechte marginalisierter
47 Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Konfliktprävention und
48 regelbasierte Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine
49 Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am
50 Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen.
51 All das tun wir im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um
52 die Verbrechen des Nationalsozialismus.

53 Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den
54 Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer
55 Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch zu
56 Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung verstehen wir als Antrieb für
57 ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und
58 setzen dafür bei uns selbst an.

59 Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte nicht nur
60 von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind völkerrechtliche
61 Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik. „Alle
62 Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der Allgemeinen
63 Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der europäischen
64 Flüchtlingspolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich scheitern
65 die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen von Moral, Menschenrechten und
66 internationalem Recht.

67 Das Versagen ist zugleich global: Nirgends auf der Welt wird Flucht angemessen und nach
68 klaren, menschenrechtsbasierten Prinzipien begegnet. Diese Regeln aber gibt es, ebenso wie
69 es immer wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier
70 wollen wir anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition
71 der Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur konsequenten
72 Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten
73 vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und
74 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

75 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns liegen,
76 sollte Messlatte unseres außenpolitischen Handelns sein. Die globalen Aufgaben sind
77 erheblich. Wagen wir die entsprechenden Antworten.

78 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

79 **Schubkraft für globale Transformation**

80 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt menschliche
81 Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die Zeit
82 drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine sozial-
83 ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des
84 Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich
85 zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten – schließlich
86 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten,
87 die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir
88 wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen
89 Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Es gilt unsere internationalen Zusagen
90 einzuhalten und die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-

91 Quote sowie der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen. Auch
92 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen,
93 indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken. Wir bündeln die Ausgaben für
94 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären
95 Hilfe, um eine globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten
96 Nationen und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die ODA-Quote
97 erfüllen und bis 2025 8 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen.

98 Klimaaußenpolitik

99 Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik.
100 Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikte
101 vorbeugen und Frieden sichern. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa,
102 seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum einen,
103 dass wir Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken
104 helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so endlich
105 unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und
106 Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven
107 Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Nur so können wir es
108 schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds für
109 Klimaanpassung und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür ein, dass
110 es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt. Daraus
111 können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und
112 Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden.

113 Klima- und Umweltschutz schützt Menschenrechte

114 Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt
115 Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen zum Schutz
116 von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender
117 Umweltveränderung ihre Heimat verlassen müssen. Regionale Ansätze, die den Betroffenen eine
118 selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir
119 jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen
120 haben. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür
121 ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere,
122 geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Initiativen zur
123 Stärkung des Rechtswegs und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die
124 französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen
125 wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt in
126 einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen.

127 Armut weltweit bekämpfen

128 Durch die Corona-Pandemie ist die Armut weltweit dramatisch angestiegen. Armutsbekämpfung
129 ist zentrales Ziel unseres internationalen Engagements. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
130 Menschen weltweit sozial abgesichert werden und wollen – gemeinsam mit lokalen
131 Organisationen und Expert*innen – zum Aufbau und einer nachhaltigen Stärkung von sozialen
132 Sicherungssystemen beitragen. In einem ersten Schritt können Menschen in besonders von Armut
133 betroffenen Regionen durch finanzielle Direkthilfen („social cash transfers“) im Rahmen der
134 ODA-Mittel abgesichert werden. Grundsätzlich wollen wir, dass soziale Sicherungsprogramme

135 die vulnerabelsten Gruppen erreichen – und Geschlechtergerechtigkeit und sozialen
136 Zusammenhalt fördern.

137 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

138 **Vereinte Nationen reformieren**

139 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-ökologischen
140 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt
141 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildung, Nahrung und Gesundheit zur Verfügung. Sie
142 vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in dem die beiden
143 wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt worden sind: die
144 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das Engagement
145 Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell, personell und
146 diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale Vereinbarungen
147 konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die
148 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und andere Organe
149 der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.
150 Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das Konzept
151 der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht langfristig
152 abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen die
153 Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag
154 versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen
155 anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle über
156 friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

157 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen – WHO stärken**

158 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf verstärkte
159 internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden
160 Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Wir wollen die
161 WHO in ihrer Ausstattung mit deutlich höheren Beiträgen und einem klaren Mandat als
162 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit stärken. In der Gruppe der G20 werden
163 wir uns dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen. Medikamente und Impfstoffe
164 müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss entsprechend
165 flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den
166 Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht
167 versperren.

168 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

169 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben. Transformation
170 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen
171 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen der
172 stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland und Europa eine 50-
173 Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die Entsendung
174 in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen durchsetzen. Um das zu
175 ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das Personal in
176 internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im gehobenen
177 und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare Kriterien,

178 Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien,
179 vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung.

180 **Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren** 181 **Welt**

182 Für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik

183 Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Die EU-
184 Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Deshalb
185 treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration des westlichen Balkans
186 und eine Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf Grundlage der
187 Kopenhagener Kriterien ein. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie
188 Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
189 Menschenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien
190 in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und
191 über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den EU-assozierten
192 Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im
193 Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die
194 Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus,
195 autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter
196 Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen. Derweil hat
197 zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU
198 verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für
199 einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern,
200 dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel ohne harte
201 Grenze hat weiter Priorität.

202 USA

203 Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik,
204 jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen Werten
205 und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen
206 Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite
207 Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, zu geben. Wir setzen auch bei
208 Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der
209 Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den
210 weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das schließt
211 eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland mit ein.
212 Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht
213 wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr
214 außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die
215 Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens.
216 Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen
217 föderalen und lokalen, und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen.

218 China

219 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein
220 Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend

221 auch in Hongkong. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir
222 streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur
223 Bekämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von
224 Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an Europas
225 „Ein-China-Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der
226 Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir
227 nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche
228 Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen
229 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet. Das
230 europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in
231 Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es
232 Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Wir werden an einer engen europäischen und
233 transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen
234 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur.

235 Russland

236 Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergräbt immer
237 offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft.
238 Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die
239 der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte,
240 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch mit ihr
241 intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen
242 Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland verhängt
243 wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die
244 Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen
245 aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur klima-
246 und energiepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die Situation
247 der Ukraine – und muss daher gestoppt werden.

248 Türkei

249 Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
250 Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen,
251 fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen
252 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive Außenpolitik
253 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer multilateralen
254 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren – das gilt es auch in der NATO zu
255 thematisieren. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst geben,
256 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Der
257 bestehende EU-Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und muss
258 daher beendet werden. Dafür braucht es ein neues, völkerrechts- und rechtsstaatskonformes
259 Abkommen, das aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, die notwendige finanzielle und
260 logistische Unterstützung vor Ort garantiert und eine verbindliche Kontingenzusage zur
261 Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU enthält. Wir lehnen es
262 entschieden ab, dass Menschen in Deutschland mit familiären Bindungen in die Türkei von der
263 türkischen Regierung politisch und religiös instrumentalisiert werden, unter anderem durch
264 in Deutschland tätige Vereine und Staatsmedien.

265 Israel und Palästina

266 Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und die
267 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für
268 all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Die Fortsetzung der engen Beziehungen sowie
269 Frieden und Stabilität im Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und
270 Sicherheitspolitik. Die zunehmende Bedrohung Israels in seiner Nachbarschaft verurteilen
271 wir. Die Sicherheitslage in der Region ist fragil und darf nicht weiter eskaliert werden.
272 Einseitige Maßnahmen wie eine Annexion von besetzten Gebieten oder der fortschreitende
273 völkerrechtswidrige Siedlungsbau laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen Lösung
274 des Konflikts entgegen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit
275 zwei souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staaten für Israelis und
276 Palästinenser*innen. Die angekündigten Wahlen in den palästinensischen Gebieten sind ein
277 positives Zeichen. Die Chance der politischen und wirtschaftlichen Abkommen Israels mit
278 arabischen Staaten wollen wir nutzen, um einen multilateralen Friedensprozess wieder
279 aufleben zu lassen und einen langfristigen Frieden in der Region zu schaffen. Europa soll
280 sich hierfür eng mit der neuen US-Regierung koordinieren.

281 Nachbarschaft und Partnerschaft mit Afrika

282 Die afrikanischen Staaten und die Europäische Union sind regional wie historisch eng
283 verbunden und teilen gemeinsame Interessen. Die afrikanischen Gesellschaften sind divers und
284 vielfältig mit über 3.000 Sprachen in 54 Staaten. In den Beziehungen mit den afrikanischen
285 Staaten setzen wir uns – auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für Frieden,
286 nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit – für eine in der Bundesregierung und der EU
287 abgestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die
288 sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die europäische
289 Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer einseitigen
290 Politik, die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der
291 Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Anstatt für sich ewig konterkarierende
292 Ansätze machen wir uns für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie stark, die
293 Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung ebenso ins Zentrum rückt wie die globale
294 sozial-ökologische Transformation und zivile Krisenprävention. Der Afrikanischen Union
295 stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063 und der regionalen Entwicklungsagenden nach
296 Kräften zur Seite.

297 Wir verteidigen die Menschenrechte

298 Menschenrechtsverteidiger*innen schützen

299 Menschenrechtsverteidiger*innen sind Held*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt oft
300 unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien die Einhaltung der Menschenrechte an
301 vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven
302 Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen
303 Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent*innen als extra Anlaufstelle
304 etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über die
305 Menschenrechtssituation im Land eingeführt werden. Für Menschenrechtsverteidiger*innen, die nicht
306 in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller und
307 häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-
308 Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene setzen

309 wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen
310 und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, wie
311 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen, ein.

312 Kriegerverbrecher*innen zur Rechenschaft ziehen

313 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht ungestraft
314 bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als
315 Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die
316 Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die Kapazitäten beim
317 Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen in Fällen
318 sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort reformiert
319 werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht Rechnung trägt.
320 International setzen wir uns für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und des
321 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten
322 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein – politisch wie finanziell. Gerade Kinder und
323 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen, Rekrutierung
324 als Kindersoldat*innen erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid nicht
325 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie den
326 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle Traumabearbeitung wollen
327 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit unseren
328 internationalen Partnern und in Deutschland deutlich ausbauen.

329 Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen

330 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien werden
331 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle sichtbar. Und
332 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in
333 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische
334 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist*innen
335 zu verfolgen. Wir zielen auf ein europäisches Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf und
336 die Weitergabe von Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende
337 Schutzklauseln wollen wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir
338 fördern die Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation und stärken die Multi-
339 Stakeholder-Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer
340 internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns für den Zugang aller zu digitaler Technologie
341 ein. Den freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu
342 fördern und zu schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere
343 digitale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

344 Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit

345 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne Geschlechtergerechtigkeit
346 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder
347 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger und Gewalt
348 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit ein, für
349 ein selbstbestimmtes Leben. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir engagieren
350 uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger Bildung zu
351 sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Es braucht innovative
352 Bildungsangebote wie kompakte nachholende Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in
353 Krisen- und Post-Konfliktkontexten. Unsere internationale Zusammenarbeit werden wir darum

354 finanziell und konzeptionell auf diese Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der
355 Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und das
356 Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

357 Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken

358 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen internationale
359 Menschenrechtskonventionen ratifiziert und Menschenrechtsinstitutionen gestärkt werden. Es
360 gilt insbesondere die ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker, das
361 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen
362 zu ratifizieren. Das ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auf europäischer
363 Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für
364 Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen
365 Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der Bundesregierung für
366 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
367 und das Deutsche Institut für Menschenrechte wollen wir besser ausstatten, damit sie ihre
368 Aufgaben planbar erfüllen können. Menschenrechte und Demokratieförderung sind Grundpfeiler
369 unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

370 Rechte von Minderheiten schützen

371 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in einer
372 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler
373 Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten den
374 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht um, ohne
375 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz
376 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien
377 zum Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen neuen
378 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es große
379 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein einheitlicher
380 Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das wollen wir
381 ändern. In der EU werden wir uns für die Verabschiedung der 5.
382 Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit international anerkannte Menschenrechte in
383 der EU eine Rechtsgrundlage erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit
384 Behinderungen auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen
385 Rassismus treiben wir national und international voran.

386 Wir schützen Geflüchtete

387 Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Europa umsetzen

388 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
389 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig
390 durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände wie
391 in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen
392 Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer gemeinsamen und
393 humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem Plan: In
394 gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb der EU an
395 den rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten EU-Außengrenzen sollen die Geflüchteten
396 registriert werden und einen ersten Sicherheitscheck durchlaufen. So wissen wir, wer zu uns

397 kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen, die nach
398 Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenwürdig
399 untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer Bindungen
400 oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen den Aufnahme-Mitgliedstaat.
401 Der zugrunde liegende Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von
402 Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus
403 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle
404 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend
405 ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten.
406 Das Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Die Kommission stellt sicher,
407 dass die gemeinsamen Regeln und Mindeststandards eingehalten werden. Wir werden mit
408 handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale Situation
409 an den Außengrenzen zu beenden. Geschlossene Lager, Transitzone oder europäische Außenlager
410 in Drittstaaten lehnen wir ab.

411 Familien zusammenführen

412 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbiefte Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene
413 Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität: Immer noch
414 reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und Geflüchtete sind
415 deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das Meer
416 auszuweichen. Wir wollen sichere und geordnete Zugangswege schaffen – und so verhindern,
417 dass Schlepper aus der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit schlagen können. Dabei sind
418 wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-Kinderrechtskonvention und
419 Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten dafür ein, die Einschränkungen
420 beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat
421 oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre
422 Kernfamilien ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten
423 gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen
424 und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge
425 zu stellen, um die Wartezeiten für Visa von Familienangehörigen zu verkürzen. Auch mit
426 humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die Möglichkeit geben, sicher nach Europa zu
427 kommen und hier um Asyl zu ersuchen.

428 Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft

429 Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten Nationen
430 anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die
431 Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu
432 überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt einem
433 bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die Weltgemeinschaft
434 übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der
435 Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-Administration und
436 Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme besonders
437 schutzbedürftiger Geflüchteter aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen. So stärken
438 wir die Vereinten Nationen, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem Beispiel
439 voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Das individuelle
440 Asylrecht bleibt durch das Resettlement unangetastet.

441 Landesaufnahmeprogramme ermöglichen

442 Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr Geflüchtete als
443 von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren Aufnahmeplätze
444 dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an den EU-
445 Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen Grenze,
446 offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die Länder
447 kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und Ländern nicht
448 mehr ignoriert. Länder und Kommunen sollen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten
449 erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit einer Änderung der
450 Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern von Einvernehmen in
451 Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den Königsteiner
452 Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können.
453 Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben erfüllen.

454 Menschenrechte einhalten, Außengrenzen sichern

455 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte
456 Außengrenzen. Eine Außengrenze muss aber auch legale Zugangswege haben. Dass tausende
457 Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht
458 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot verweigern, ist
459 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch
460 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen
461 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen vorangehen, die die
462 Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen: Gerettete müssen zum nächsten
463 sicheren Hafen gebracht werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher
464 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche
465 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. Wir wollen, dass die Seenotrettung explizit ins
466 Aufgabenprofil von Frontex aufgenommen wird, und setzen auf eine europäische Grenzkontrolle,
467 die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat und wichtige
468 grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur Fluchtabwehr zu missbrauchen. Das moderne
469 Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbrieft
470 Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt
471 uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr europäischer
472 Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingspolitik. Völkerrechtswidrige Pushbacks, von nationalen
473 Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen geahndet werden. Das entsprechende Monitoring
474 durch die EU-Grundrechteagentur wollen wir ausbauen. Es bedarf einer engen parlamentarischen
475 Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor
476 Ort.

477 Aufnahme- und Transitländer unterstützen

478 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist Bestandteil
479 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische Unterstützung von
480 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan oder
481 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und europäische
482 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte sowie
483 internationale Asylstandards eingehalten werden. „Migrationspartnerschaften“ mit repressiven
484 Regimen lehnen wir ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache. Statt
485 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen
486 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern, die ihren

487 Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit garantieren, im Gegenzug über
488 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine geordnete
489 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in anderen
490 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung, gemacht
491 werden und nicht für Drittstaatsangehörige gelten.

492 Fluchtursachen strukturell angehen

493 Wir wollen verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat
494 unfreiwillig verlassen müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Vertreibung
495 und unsere dahingehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele politische
496 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte Auswirkungen auf
497 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns stark für zivile
498 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische
499 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete sowie an Autokraten beenden. Wir setzen uns für
500 ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den Interessen des globalen Südens dient. Wir
501 treiben die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft voran. Uns ist bewusst:
502 Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen fliehen, weil
503 sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso entscheidender ist
504 konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und Konsumieren andernorts zu
505 Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen.

506 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

507 Globale Krisenprävention

508 Die Corona-Krise führt in vielen Entwicklungsländern zu Kapitalflucht und Währungskrisen und
509 offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der Aufbau
510 eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel mehr
511 Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche
512 Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten vorangehen
513 und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, wie
514 Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der Einführung und
515 Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen
516 Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von
517 Entwicklungsländern verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

518 Entwicklung ermöglichen, Schulden streichen

519 Viele Entwicklungsländer sind überschuldet. Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines
520 Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Das derzeitige
521 Schuldenmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir brauchen
522 einen echten Schuldenerlass. Dafür muss ein international transparentes und unabhängiges
523 Staateninsolvenzverfahren für die Länder geschaffen werden, die nicht in ihrer eigenen
524 Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an
525 einem Insolvenzverfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass einzelne
526 Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private Gläubiger wie
527 Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten
528 Staaten im globalen Süden auch ermöglichen, ihre Gesundheitssysteme zu verbessern, sie für
529 alle zugänglich zu machen sowie Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung und

530 Hygiene voranzutreiben. Schuldenerlasse und -umwandlungen soll es für Maßnahmen im
531 Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-
532 Krise geben. Zudem werden wir uns für ein langfristiges globales Corona-Hilfspaket für
533 strukturschwache Länder, Krisenregionen sowie Flüchtlingslager engagieren.

534 **Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten**

535 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür sind
536 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, die fette Profite
537 machen, wenn Menschen hungern. Wir werden uns in der EU für strikere Regulierungen
538 einsetzen, um Nahrungsmittelspekulation zu unterbinden. Dafür braucht es strenge
539 Berichtspflichten für Händler*innen. Konsequente Preis- und Positionslimits müssen an allen
540 europäischen Börsen eingeführt werden. Ziel ist es, dass Derivate nur noch zur Absicherung
541 bestehender Risiken und nicht mehr spekulativ eingesetzt werden können.

542 **Wir treten ein für Frieden und Sicherheit**

543 **Vorausschauend für den Frieden**

544 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt
545 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Wir ergänzen den
546 traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die
547 Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die
548 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. Die personellen und
549 finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und langfristig
550 planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an EU-
551 Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation
552 aufbauen. Die Bereiche Polizei, Justiz und Friedensförderung wollen wir mit 1.000
553 Fachkräften ausstatten. Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung Friedensforschung,
554 den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und andere
555 wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit
556 gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. Die finanzielle Förderung des Zivilen
557 Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau
558 bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer Fonds „Krisenprävention,
559 Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen ausgestattet sein muss. Es
560 gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten zu stärken, um auch die
561 langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.

562 **Internationale Politik feministisch gestalten**

563 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik feministisch. Frauen,
564 Mädchen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Kriegen, Konflikten und
565 Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als Gestalter*innen in der
566 internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Es geht
567 darum, die Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu stärken, zu
568 schützen und bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen immer mindestens
569 gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es auch Genderanalysen für einzelne
570 Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und bedarfsgerechte Strategien und Genderbudgeting.
571 Es gilt die Umsetzung der VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ voranzutreiben,
572 sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte

573 von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der
574 Prävention, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in den
575 Fokus zu nehmen.

576 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken

577 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten Angriffe auf
578 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
579 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft vor allem in Krisenzeiten, stärkt
580 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Auch die Aufarbeitung der
581 Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch internationale Kultur- und
582 Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Die Verantwortung für
583 die koloniale Vergangenheit Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen
584 Geschichtsbuchkommissionen mit ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten.
585 Kulturmittlerorganisationen, wie etwa Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland
586 sollen finanziell besser ausgestattet und digital fit gemacht werden, die Programme für
587 verfolgte Künstler*innen und Wissenschaftler*innen sowie Maßnahmen gegen
588 Desinformationskampagnen wollen wir verstärken.

589 Europarat und OSZE stärken

590 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit die
591 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann, wollen
592 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den
593 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, um alle europäischen Staaten
594 einzubinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System kollektiver
595 Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen Nachbarn Europas auf
596 der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade angesichts
597 der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und
598 die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist.

599 Neuer Schub für Abrüstung

600 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser Anspruch ist
601 noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des
602 Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist
603 eine neue Vertragsinitiative nötig. Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der US-
604 Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA
605 über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es
606 nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von
607 Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte
608 über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein Deutschland frei
609 von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir wissen,
610 dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen
611 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer
612 polnischen und baltischen Bündnispartner.

613 Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen

614 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in
615 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir eine

616 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und
617 Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten müssen an
618 die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien geknüpft
619 werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und ein
620 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame
621 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.
622 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren
623 und private Militärfirmen verbieten.

624 Autonome tödliche Waffensysteme international ächten

625 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Menschen bei
626 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar. Im
627 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international
628 verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze
629 verstoßen, ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen wie Angriffs- und
630 Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale Führungsrolle
631 einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir
632 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

633 Sicherheit im Cyber-Raum schaffen

634 Digitalisierung und neue Technologien verändern die moderne Kriegsführung. Wir wollen den
635 Einsatz von militärischen Cyberfähigkeiten durch die Bundeswehr ausnahmslos der
636 parlamentarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellen. Es braucht Leitlinien
637 für das Vorgehen der Bundeswehr im Cyberraum. Gleichzeitig muss die Bundeswehr
638 kontinuierlich an der Stärkung ihres Eigenschutzes arbeiten, ohne ihr defensives
639 Selbstverständnis aufzugeben. Es braucht dringend eine internationale Initiative, um
640 Rüstungskontrolle zu regulieren, und vertrauensbildende Maßnahmen für den Cyberraum. Wir
641 setzen uns für weltweit anerkannte Regeln im Cyberraum sowie eine Selbstverpflichtung ein,
642 zivile Infrastruktur nicht militärisch anzugreifen. Auch sollte die europäische
643 Zusammenarbeit im Bereich Cyberabwehr ausgebaut werden, wozu Deutschland einen Beitrag
644 leisten sollte.

645 Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen

646 Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu
647 bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der Responsibility to
648 Prepare, Protect and Rebuild der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft
649 verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die
650 Menschlichkeit und Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen verpflichtet, ihre
651 Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter
652 Gesellschaften auszubauen. Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen
653 der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, Sicherheit und Frieden beitragen. Die Anwendung
654 militärischer Gewalt als Ultima Ratio kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord
655 zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen.
656 Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und
657 militärische Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der
658 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das heißt
659 nicht in verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches Gesamtkonzept
660 einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in die

661 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
662 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um
663 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor
664 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie
665 Handeln.

666 Moderne Bundeswehr

667 Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch
668 bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren. Wir wollen
669 die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell sicher
670 ausstatten. Dass Soldat*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze gehen,
671 ist nicht hinnehmbar. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen können und
672 genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Die
673 Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle Operationen im
674 Einsatz der Verbündeten müssen vollständig zugänglich sein. Die Bundeswehr soll die Vielfalt
675 unserer Gesellschaft abbilden. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische
676 Strukturen in der Bundeswehr werden wir konsequent verfolgen und zerschlagen. Neben der
677 umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Präventive Maßnahmen wie
678 verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße politische Bildung sind überfällig.
679 Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.

680 NATO strategisch neu ausrichten

681 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz
682 bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine
683 klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU
684 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als
685 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir brauchen
686 eine strategische Neuaufstellung der NATO, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse und darauf
687 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Das
688 willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, gibt darauf
689 keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab. Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein,
690 die nicht abstrakt und statisch ist, sondern von den Aufgaben ausgeht, und werden mit den
691 NATO-Partnern darüber das Gespräch suchen. Durch eine stärkere militärische Zusammenarbeit
692 und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien
693 und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von
694 europäischen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam
695 entwickelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.

696 Die EU-Sicherheitsunion vorantreiben

697 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwortung
698 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame Sicherheits- und
699 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen eine
700 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer
701 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in nationale,
702 militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der
703 Streitkräfte in der EU ausgebaut, sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein
704 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür ist eine geeignete Ausstattung, der
705 Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-

706 Kommandostruktur nötig. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für militärische
707 Zwecke lehnen wir ab.